

Konferenzbericht

Gipfel „Inklusion – Die Zukunft der Bildung“

Zusammenfassung der Konferenzergebnisse

Berichtersteller¹: Prof. Dr. Kersten Reich

Die Vorträge und Diskussionen während des Gipfels zeigten auf, dass Inklusion eine umfassende und herausfordernde Bildungsaufgabe ist. Jeder Mensch hat das Recht auf eine Bildung, die gleiche und gerechte Chancen eröffnet. Dagegen verletzt Exklusion nicht nur Menschenrechte, sondern steht auch den demokratischen und friedlichen Grundlagen des menschlichen Zusammenlebens entgegen. Die UNESCO und die Deutsche UNESCO-Kommission unterstützen Inklusion deshalb in einem umfassenden Sinne, um jegliche Form der Exklusion und Diskriminierung als Störung eines friedlichen Zusammenlebens zu überwinden. Es bedarf insbesondere gesellschaftlicher Vorkehrungen, um das Menschenrecht auf inklusive Bildung konkret zu verwirklichen und eine qualitativ hochwertige Bildung zu gestalten, Benachteiligungen in der Bildung zu überwinden und Menschen unabhängig von Geschlecht, ethnokultureller Herkunft, sozial-ökonomischer Benachteiligung, Behinderung, besonderen Lernbedürfnissen oder gewählten sozialen Lebensformen zu einer befriedigenden, friedlichen und vor allem im Vergleich mit anderen chancengerechten Lebensführung gelangen zu lassen. Vor diesem Hintergrund irritiert es sehr, dass Deutschland in dieser Aufgabe insbesondere im gemeinsamen Lernen international noch weit zurückliegt. Leider sind wir neben Belgien Schlusslicht in Europa. Auch wenn gegenwärtig zahlreiche Anstrengungen unternommen werden, so sind wir noch weit von dem Erreichten anderer Länder entfernt. Wenn andere Länder in Europa weniger als ein Prozent der Lernenden gesondert beschulen, dann ist es wünschenswert und ein realistisches Ziel in einem so reichen Land wie Deutschland, eine solche Quote ebenfalls schnellstmöglich zu erreichen. Die dafür notwendige Bildungsqualität kann allerdings nur dann hinreichend geschaffen und gewährleistet werden, wenn einerseits die notwendigen Ressourcen und Rahmenbedingungen vorhanden sind (vor allem gute materielle und personelle Ausstattungen, klare bundesweite gesetzliche Regelungen und verantwortliche Zuständigkeiten, nachhaltige Ausbildung und Evaluation), sich andererseits bei allen Beteiligten eine inklusive Haltung gegen die exkludierenden Traditionen entwickelt, um Benachteiligungen in allen Formen zu erkennen und nach bestem Ermessen in den Praktiken, Routinen und Institutionen zu beseitigen.

1. Was wurde bisher in der inklusiven Bildung erreicht? Gibt es Erfolgskriterien? Von welchen Beispielen können wir lernen?

1.1 Was wurde bisher erreicht?

Die UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderung hat seit 2009 völlig neue Maßstäbe gesetzt. Dennoch schufen bereits davor die Bemühungen um die Umsetzung des Integrations-Konzepts bei vielen Menschen ein Bewusstsein dafür, Inklusion durchsetzen zu wollen und breit anzulegen. Die vorhandenen Kompetenzen im Bereich der Integration erscheinen daher vielen heute als eine Voraussetzung, um insbesondere inklusive Haltungen weiter zu entwickeln und Ängste gegenüber den Aufgaben, die inklusive Bildung mit sich bringt, abzubauen. Deutlich wurde in zahlreichen Einzelbeiträgen allerdings auch kommentiert, dass Inklusion

¹ Wenn in vorliegendem Dokument ausschließlich die männliche Form Verwendung findet, so dient dies ausschließlich der Lesbarkeit und Einfachheit. Es sind stets Personen des jeweils anderen Geschlechts mit einbezogen, sofern nicht ausdrücklich anders erwähnt.

auch neue Kompetenzen erforderlich macht und Deutschland nicht auf dem alten Stand des Konzepts der Integration stehen bleiben darf. Immer wieder genannte Kriterien für eine erfolgreiche Umsetzung der Inklusion sind dabei insbesondere aus der Sicht der internationalen Beiträge von Dr. Mmantsetsa Marope (UNESCO) und Gordon Porter (Initiative „Inclusive Education Canada“) die folgenden:

- Inklusion basiert auf den Menschenrechten.
- Inklusion erfordert mehr Ressourcen und stärkeren pädagogischen Einsatz als ein nicht inklusives System. Inklusion gelingt nicht bei fehlenden Ressourcen und erfordert die Einbindung aller Akteure vor Ort und eine inklusive pädagogische Haltung der Lehrenden und des weiteren Personals.
- Diversität ist hilfreich für alle Lernenden. Heterogene Gruppen helfen den Lernenden, erfolgreich zu sein und bessere Abschlüsse zu erreichen. Ein Grundsatz einer demokratischen Kultur ist es, gesellschaftliche Diversität umfassend anzuerkennen und Vielfalt, Toleranz und gegenseitigen Respekt ebenso zu gewährleisten wie den Anspruch auf die Beseitigung von Diskriminierung und Benachteiligungen.
- Lehrende sind äußerst wichtig für die Gestaltung der Lernumgebung und für die Umsetzung eines professionellen inklusiven Modells. Sie gestalten eine anregende, sichere und günstige Lernumgebung und ermöglichen positive Erlebnisse und Erfolge. Für ihren Beruf sollten sie umfassend inklusiv ausgebildet werden. Inklusives Lernen benötigt zudem heterogene Lehrteams, um die Vielfalt der Aufgaben zu bewältigen und Qualität in der Umsetzung zu gewährleisten.
- Jeder ist anders. Lernchancen müssen mit unterschiedlichen Eigenzeiten, mit verschiedenen Perspektiven, Zugängen und Ergebnissen verbunden sein. Lernen kann nicht mehr im Gleichschritt gelingen, sondern benötigt individuelle und kollektive Gestaltungsräume, die den Aufbau individueller Kompetenzen und persönlicher Exzellenz aller im Bildungssystem fördern.
- Es darf keine doppelten Standards geben. Basisqualifikationen für alle in einem gemeinsamen Curriculum sind notwendig bevor Differenzierungen einsetzen. Es muss für alle Lernenden einerseits ein gemeinsames Qualifikationsziel, das alle erreichen sollen, geben sowie andererseits hinreichende Differenzierungen für individuelle Lernwege und Lernerfolge.
- Gute Lernumgebungen sind für das Lernen entscheidend. Sie sind durch eine inklusive Didaktik umfassend zu gestalten. Erfolgreiche Lernumgebungen müssen tatsächliche Entwicklungsfortschritte der Lernenden durch Evaluationen aufzeigen.
- Die Fachwissenschaften pumpen immer mehr Lernstoff in die Schule. Dabei kommt das berufs- und lebensweltrelevante Wissen zu kurz. Dies wirkt sich besonders nachteilig für Lernende aus, die benachteiligt in das Bildungssystem eintreten. Der Fokus sollte hier neben der kognitiven Intelligenz stärker auf der emotionalen Intelligenz liegen.

Diese und weitere Aspekte werden in inklusiven Bildungssystemen und -einrichtungen bereits nachweisbar erreicht. Beispiele aus dem internationalen Vergleich und aus modellhaften Bildungseinrichtungen in Deutschland können helfen, eine erste Orientierung in Richtung inklusiver Bildung aus bestehenden Ergebnissen heraus für jene zu geben, die sich für die effektive Gestaltung eines inklusiven Bildungssystems engagieren.

1.2 Welche Erfolgskriterien erscheinen als besonders wichtig?

Inklusion betrifft nicht nur Schule, aber sie ist ein wesentlicher Ausgangspunkt, wenn Inklusion gesamtgesellschaftlich verwirklicht werden soll. Dabei ist der Erfolg der Inklusion nicht frei von gesellschaftlichen und individuellen Widersprüchen, Paradoxien und Stolpersteinen. Aus Sicht von bereits erfolgreich inklusiv arbeitenden Staaten sowie vielen Praktikern in Deutschland bestehen Erfolgskriterien unter anderem in der Bewältigung folgender Herausforderungen:

- Die Gliederung des Schulsystems mit ihrer grundlegend selektiven und exkludierenden Ausrichtung gilt es nach und nach abzubauen. Dabei sind in einem gegliederten Schulsystem neben den oft schon erfolgreich inklusiv arbeitenden Grund- und Gesamtschulen auch die Gymnasien und Berufsschulen verstärkt in die inklusive Bildung einzubeziehen.
- Ein effektives und durchgehend vom Kindergarten und der Vorschule bis zur 13. Klasse entwickeltes Ganztagsystem ist weiter zu entwickeln.
- Die Praxis der Notengebung in Rangvergleichen, die es schwer macht, heterogene Lerngruppen gerecht und sinnvoll zu beurteilen, ist kompetenzbezogen zu gestalten.
- Umfassende Fortbildungskonzepte und Fortbildungen zur Inklusion sind durchzuführen, um professionelle Kompetenzen an die praktizierenden Lehrenden zu vermitteln.
- Eine inklusive Lehramtsausbildung ist derzeit angedacht und teilweise umgesetzt, aber weder von den Stundenansätzen noch von den Curricula her werden internationale Standards zur Inklusion nach Umfang, Breite und Tiefe erreicht. Diese gilt es umfassend zu entwickeln und vollständig umzusetzen.
- Bisher sind noch große Unterschiede in der föderalen und kommunalen Struktur sichtbar. In Einzelmodellen wird zwar gezeigt, wie inklusive Bildung hinreichend zu realisieren wäre, aber es fällt zugleich auf, dass eine übergreifende Konzeption noch fehlt und die Verantwortung für die Umsetzung somit zumeist allein an die Praxis abgegeben wird. Eine Übertragbarkeit von solitären Modellen und ausgezeichneten Preisträgerinstitutionen ist oft nicht gegeben. Die unübersichtliche und zu wenig strukturierte Situation überfordert viele in der Praxis. Es bedarf folglich eines umfassenden Konzepts für die Umsetzung von inklusiver Bildung auf allen Ebenen.
- In der Praxis gibt es zudem noch zu viele inklusionsfreie Räume, Eltern und Kinder suchen oft vergeblich nach einer inklusiven Schule; insbesondere Gymnasien und Berufsschulen nehmen das Thema nur zögerlich an. In der Wissenschaft (insbesondere in den Fachwissenschaften) wird das Thema abgelehnt oder für irrelevant erklärt. Auch in vielen Institutionen außerhalb der Schule ist Inklusion noch nicht hinreichend angekommen. Diese inklusionsfreien Räume gilt es zu überwinden.

In der Diskussion wurde darauf verwiesen, dass die Lernenden nicht das Problem, sondern die Lösung sind, wenn sie eine Lernumgebung erhalten, die ihnen hinreichende Entwicklungschancen bietet. Hier gehen die Wahrnehmung der Politik und der erlebten Praxis weit auseinander. Wo die einen meinen, schon mehr zu geben, als man erwarten könne, da sehen die anderen die Defizite und Unzulänglichkeiten. Insbesondere an folgenden Differenzlinien bestehen Meinungsunterschiede:

- Nach Aussage vieler anwesender Praktiker wird auf der Seite der Politik eine Stückwerksmentalität deutlich, die es innerhalb der letzten fünf Jahre noch nicht hinreichend geschafft hat, verbindliche gesetzliche Regelungen und Planungen auf den Weg zu bringen, um die Maßnahmen in Bund, Ländern und Kommunen umfassend und einheitlich zu gestalten. Dies zeige die unsichere Finanzierung auf kommunaler Ebene im Streit mit den Ländern. Inklusion wird im Bewusstsein der Bevölkerung oft primär als ein Streitthema zwischen Bund, Ländern und Kommunen wahrgenommen.
- Die notwendigen Ressourcen pro Schule und Schüler sind umstritten. Dort, wo andere Länder grundsätzlich bereits Teamteaching in inklusiven Lerngruppen vorsehen, wird in Deutschland noch aus budgetären Gründen darum gerungen, wie viele Stunden pro Schüler mit besonderem Bedarf den einzelnen Klassen bzw. Schulen zugeteilt werden. Zugleich ist es ein sehr großes Problem, dass keine vollständig inklusiv ausgebildete Lehrerschaft zur Verfügung steht, so dass spezialisierte Sonderpädagogen als Lösung für alle Inklusionsbedarfe erhalten müssen. Dieser Weg hat sich allerdings international nirgendwo bewährt. Inklusion ist somit aktuell ein Streitfall zwischen Politik und Haushalt auf der einen und verantwortlichen Praktikern mit Mehrbedarfen auf der anderen Seite.

- Angesichts der Gymnasien und Berufsschulen, die noch als überwiegend inklusionsfreie Zone erhalten bleiben, kann bisher nicht hinreichend gewährleistet werden, dass inklusive Bildung tatsächlich umfassend und breit verwirklicht wird. Maßnahmen der Gegensteuerung bestehen bisher eher darin, inklusive Systeme parallel zu entwickeln. Inklusion zeigt sich hier als ein Streitfall in einem auf Exklusion angelegten Schulsystem, das von außen zur Inklusion gezwungen wird. Rangbezogene Leistungserwartungen an ein exklusives System stehen hier den fördernden und solidarischen Erwartungen an die Inklusion gegenüber. Es erscheint teilweise noch schwer vermittelbar, dass durch inklusive Bildung tatsächlich und nachweislich alle profitieren.
- Inklusive Bildung fokussiert sich derzeit sehr stark auf den Bereich Schule. Sie ist aber ein übergreifendes Konzept für die gesamte Lebensspanne. Alle Menschen sind nicht nur verschieden, sondern haben jeweils ihre von den Lebenslagen, dem Alter, der Gesundheit abhängigen Inklusionsbedarfe. Die Art und Weise, wie der Widerspruch zwischen dem Inklusionsbedarf, den auch ich habe oder den stets nur die anderen haben, beurteilt wird, drückt die grundsätzliche Haltung einer Bevölkerung zur Inklusion aus.

1.3 Welche Beispiele geben besondere Impulse?

Es gibt viele Beispiele hervorragender inklusiver Praxis, die gegenwärtig kaum überschaut werden können. In der Diskussion erscheint es als Problem, dass Einzelbeispiele gerne als positive Modelle gezeigt werden, um den Geist der Inklusion auszudrücken und die Bedeutung der bestehenden strukturellen Defizite, die einer flächendeckenden Umsetzung von Inklusion entgegenstehen, herunterzuspielen. Andererseits kann nicht bestritten werden, dass jedes positive Beispiel einen Meilenstein auf dem Weg zur Inklusion bedeutet.

Im bisherigen Integrationssystem werden Partnerschaften zwischen allgemeinbildenden und Förderschulen als eine Möglichkeit genannt, um langfristig Übergänge in einen gemeinsamen Unterricht zu ermöglichen. Es ist allerdings kritisch zu hinterfragen, inwieweit ein solches Vorgehen den Standards der Inklusion entsprechen kann. Generell wird darauf verwiesen, dass die Kommunen ein Schlüssel zum Gelingen von Inklusion vor Ort sind. Exkludierende Einstellungen sind aber nach wie vor ein großes Hindernis bei der Realisierung von Inklusion.

Die Hochschulen können inklusive Bildung vor allem dann umsetzen, wenn sie einerseits Menschen mit besonderen Lernbedürfnissen in der Hochschule selbst unterstützen und andererseits vor allem die Lehramtsausbildung stärker auf inklusive Inhalte und Methoden umstellen. Ein Problem ist jedoch, dass die deutsche Lehramtsausbildung grundsätzlich stärker als in anderen Ländern auf Fachwissenschaften statt auf Bildungswissenschaften ausgerichtet ist. Damit weist die Ausbildung zur Erlangung wesentlicher inklusiver Kompetenzen insgesamt geringere Studienanteile auf als in anderen Ländern. Auch die Sonderpädagogik bedarf einer Öffnung zu den Bildungswissenschaften hin, um ihren Fokus von den Förderschulen auf das allgemeinbildende Schulsystem zu verlagern. Alle zukünftigen Lehrer müssen inklusive Kompetenzen entwickeln. Hierfür gibt es jedoch bisher kein einheitliches Programm. Auch das Beispiel der Hochschulen zeigt, dass es eines übergreifenden Reformplans bedarf, um die Interessen der Inklusion tatsächlich nachhaltig durchzusetzen.

2. *Was sind die größten Herausforderungen bei der Umsetzung inklusiver Bildung?*

In den meisten Bundesländern existiert aktuell ein Ressourcenvorbehalt, der gemeinsames Lernen nur dann gewährleistet, wenn die anfallenden Kosten dem Schulträger zugemutet werden können. Diese substanzielle Einschränkung wird in der Diskussion von vielen Teilnehmenden als sehr problematisch betrachtet. Es wird zudem die Frage aufgeworfen, inwieweit das entstehende Parallelsystem von allgemeinen inklusiven Schulen

und Förderschulen nicht auf Dauer kontraproduktiv für eine zügige Umsetzung der Inklusion ist. Die Politik betont die Wichtigkeit eines langsamen und schrittweisen Übergangsprozesses, der sich stark am Elternwillen ausrichtet. Gegenwärtig verhandeln vor allem Länder und Kommunen über die konkrete Umsetzung von Inklusion. Wünschenswert erscheint vielen Teilnehmenden aber auch eine Initiative des Bundes, um einen planvollen Prozess der Umsetzung zu unterstützen. Aus Sicht der UNESCO scheint ein verbindliches Konzept als notwendig, das allen Akteuren gemeinsam als Orientierung dienen kann.

Anwesende Vertreter aus der Politik verweisen auf die enormen Ausgaben für Inklusion und betonen die Bereitschaft, Inklusion nachhaltig zu unterstützen. Strittig in der Diskussion während des Gipfels bleibt jedoch, inwieweit die Mittel angesichts der notorisch knappen Haushaltskassen ausreichen und inwieweit Bund, Land und Kommunen hinreichend effektiv zusammenarbeiten. Insbesondere die Kommunen verweisen darauf, dass Inklusion neben den Lehrerstellen enorme Ausgaben unter anderem in der Schularchitektur, bei der Barrierefreiheit und dem weiteren Personal erforderlich macht, die nicht ausschließlich von der Kassenlage der jeweiligen Kommunen abhängig gemacht werden dürfen.

Von internationaler Seite wird daraufhin vorgeschlagen, objektivierte internationale Vergleichszahlen heranzuziehen und durch eine umfassende Evaluation zu klären, ob die gegenwärtigen Anstrengungen und Ausgaben ausreichen und den gegenwärtig üblichen Standards der Inklusion in einem reichen Industrieland entsprechen.

Eine übergreifende Konzeption der inklusiven Bildung ist wesentlich. Dagegen herrscht nach Meinung vieler Teilnehmenden heute in Deutschland noch zu stark eine Stückwerkspraxis vor: ein „Machen“ ohne Konzept wird als zu wenig zielführend erlebt. „Walk the talk“, wie die Vertreterin der UNESCO betonte, bedeutet, sich zunächst eine gemeinsame Orientierung zu geben und ein Konzept zu gestalten, das dann umgesetzt und in seinen Wirkungen überprüft wird. Viele Teilnehmenden hingegen beklagen, dass die Umsetzung und Überprüfung zu stark an die Praxis überwiesen würde. Gleichwohl zeigen die internationalen Perspektiven, dass dies auch eine wesentliche Voraussetzung für das Gelingen der Inklusion ist, denn Vorbedingungen für das Gelingen sind die inklusive Einstellung und das Engagement in der Praxis.

Es gibt gegenüber der Inklusion Vorbehalte in der Umsetzungspraxis, die sich zwar nicht gegen die Inklusion als solches richten, aber die Unmöglichkeit ihrer Verwirklichung immer wieder betonen. Hier erscheint es aus Sicht der Teilnehmenden als wesentlich, derartige Argumente abzuwehren, ohne dabei tatsächlich existierende Defizite im System und Schwierigkeiten in der Umsetzung zu verschweigen.

3. Schlussbemerkung

Das Spannungsfeld von gegenwärtig gewährten Ressourcen und gewünschten Mitteln und Stellen aus einer begründeten inklusiven Haltung heraus kann nicht einfach aufgelöst werden. Inklusion bedarf umfassender Veränderungen in der Wahrnehmung und Behandlung sowie in der Teilhabe aller im Prozess. Einige Teilnehmenden mit Behinderung problematisieren, dass auch der Gipfel nicht hinreichend partizipativ durchgeführt wurde. Gleichwohl nahmen sehr viele Menschen mit Behinderung am Gipfel teil und brachten ihre Expertise ein. Inklusion muss, wenn sie gelingen soll, ein zutiefst demokratischer wie auch demokratisierender Prozess sein. Gelingt es, diesen Prozess umfassend partizipativ zu organisieren, dann profitieren alle Beteiligten von der Inklusion. Dann kann auch erreicht werden, dass es gelingende Beziehungen für ein erfolgreiches Lernen gibt, dass Institutionen und nicht nur Hierarchieebenen im Sinne einer gemeinsamen Vision zusammenarbeiten, dass Solidarität mit anderen nicht ein bloßes Bekenntnis bleibt, sondern Realität und menschlich wird. Alle Akteure sind aufgefordert, sich für inklusive Bildung einzusetzen und dazu beizutragen, Vorbehalte in der Gesellschaft zu überwinden. Die „Bonner Erklärung zur inklusiven Bildung in Deutschland“²

² Weisungsgebundene Vertreter der Bundesregierung enthielten sich bei der Verabschiedung der Bonner Erklärung der Stimme.

kann hierfür eine gemeinsam beschlossene³ Orientierung geben. Sie wurde während des Gipfels mehrfach überarbeitet, um die umfassenden Praxiserfahrungen der Teilnehmenden einzubeziehen.

³ Weisungsgebundene Vertreter der Bundesregierung enthielten sich bei der Verabschiedung der Bonner Erklärung der Stimme.